

Schule soll in den Dörfern bleiben

Fraubrunnen Die mögliche Reduktion der Schulen auf zwei Standorte sorgt für Diskussionen. Eine Initiative fordert nun den Erhalt eines regionalen Schulsystems. Das Begehren hat allerdings einen juristischen Haken.



Manfred Vollenwyder beim Schulhaus Etzelkofen. Dieses ist seit letztem Sommer geschlossen. Bild: Beat Mathys

Manfred Vollenwyder steht vor dem Schulhaus Etzelkofen. Die Uhr zeigt 15.50 Uhr. Doch für das Schulhaus ist bereits fünf nach Zwölf. Der Vater aus dem kleinen Dorf kann sein Kind nicht mehr hierher in den Unterricht schicken. Die Gemeinde Fraubrunnen hat diesen Schulstandort im letzten Sommer geschlossen.

Seither bringt ein Schulbus die Kinder ins benachbarte Limpach. Vollenwyder schüttelt den Kopf: «Es begreift niemand, dass 22 Kinder aus Etzelkofen mit einem Schulbus in ein anderes Dorf zum Unterricht gefahren werden, mit der Haltestelle direkt vor dem geschlossenen Schulhaus.» Ausserdem klappe der Transport nicht immer hundertprozentig.

Weitere Schliessungen

Von diesem Szenario könnten in den nächsten Jahren andere Dörfer in der Gemeinde Fraubrunnen betroffen sein. Wenn es nach dem Gemeinderat geht, werden in den nächsten Jahren weitere Schulstandorte verschwinden.

Denn die Pläne zielen darauf ab, die Schulen in Fraubrunnen und Grafenried zu konzentrieren (Variante 2 plus). Nach Etzelkofen stünden die Schulhäuser Limpach, Mülchi, Büren zum Hof, Schalunen und Zauggenried vor dem Ende.

Dieses Vorhaben stösst in der Bevölkerung dieser Dörfer auf wenig Verständnis. Es hat sich im Januar 2017 eine IG «Schule im Dorf» gebildet. Diese setzt sich dafür ein, dass ihre Kinder weiterhin möglichst im eigenen Dorf zur Schule gehen können.

Eine Gemeindeinitiative mit 774 gültigen Unterschriften fordert nun, das regionale Schulsystem beizubehalten. Jede der vier Regionen Fraubrunnen, Grafenried, Limpach/Mülchi und Schalunen/Büren zum Hof soll über einen Kindergarten und eine 1. bis 6. Klasse verfügen. Die IG erinnert daran, dass im Juni 2014 an der Gemeindeversammlung versichert worden sei, dass eine Zentralisierung kein Thema sei.

Lange Schulwege

Hans Ulrich Schaad

Kompetenzproblem

150 gültige Unterschriften braucht es in Fraubrunnen für eine Gemeindeinitiative. Diese Zahl haben die Initianten mit 774 locker erreicht.

Trotzdem ist es mehr als fraglich, ob die Gemeindeversammlung innerhalb der vorgegebenen Frist von einem Jahr über die vier regionalen Bildungsstandorte abstimmen wird. Denn es geht um ein Thema, das weder in die Kompetenz der Gemeindeversammlung noch einer Urnenabstimmung gehört.

Denn gemäss Artikel 4 des Bildungsreglements entscheidet der Gemeinderat, auf Antrag der Kommission Bildung, abschliessend über die Schliessung oder Eröffnung von Schulstandorten. Darauf wurden die Initianten schon bei der Vorprüfung hingewiesen.

Über das eigentliche Anliegen der Initianten, den Erhalt von vier Schulstandorten, abstimmen zu können, dazu müsste das Bildungsreglement angepasst werden. Der Gemeinderat wird nun über das weitere Vorgehen entscheiden. Vor allem geht es darum, ob die Initiative als gültig erklärt werden kann.

Artikel zum Thema

Fünf Schulstandorte stehen vor dem Aus



Fraubrunnen Der Gemeinderat will die Schulen längerfristig auf die Standorte Fraubrunnen und Grafenried konzentrieren. Das Schulhaus Etzelkofen hat bereits im nächsten Sommer ausgedient. [Mehr..](#)

Von Hans Ulrich Schaad 22.09.2016

Das lukrative Geschäft mit den auswärtigen Schülern

In einer Woche geht die Schule wieder los. Dann werden erneut Schüler auf

Es stecke mehr als nur die Standortfrage hinter der Initiative, sagt Manfred Vollenwyder von der IG. Nicht alle Kinder in der Gemeinde hätten dieselben Möglichkeiten, auch durch die langen Transportwege.

Vollenwyder spricht davon, dass ein Zweitklässler – je nach Stundenplan – bis zu einer Stunde und 40 Minuten Schulweg (Bus, zu Fuss) habe, notabene an einem Tag. «Diese Zeit könnte besser genutzt werden.»

Ein anderes Problem, so Vollenwyder, sei die Grösse der zusammengelegten Schulen. Je mehr Schüler dort unterrichtet werden, desto mehr soziale Probleme gebe es. Das zeige sich bereits heute in Fraubrunnen, wo die Schulsozialarbeit eingeführt werden müsse. Nicht zuletzt bedeute eine Schule im Dorf oder in der Nähe eine höhere Lebensqualität, der Wohnort sei attraktiver.

Nur Stossrichtung festgelegt

Mit der Variante 2 plus habe man erst die Stossrichtung festgelegt, sagt Gemeinderatspräsident Urs Schär (BDP). Noch stehe nichts definitiv fest, einzig die Standorte Fraubrunnen und Grafenried seien gesetzt. Seit einem Informationsabend im September 2016 wurden noch weitere Studien angefertigt.

In den letzten Monaten ruhte hingegen das Dossier, einerseits wegen der laufenden Initiative, andererseits wegen der Gemeindewahlen im vergangenen Herbst. Demnächst soll eine Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit aufnehmen.

Dort seien auch die Initianten vertreten und dürften ihre Ideen einbringen, ergänzt Schär. Er betont, dass die Gemeinde nichts verheimlichen wolle und einen transparenten Prozess anstrebe.

Obwohl fast 800 Personen die Initiative unterschrieben haben, wird es wohl zu keiner Abstimmung an der Gemeindeversammlung oder an der Urne kommen (siehe Kasten). «Der rechtliche Haken war uns nach der Vorprüfung bewusst», räumt Vollenwyder ein. Trotzdem habe man am konkreten Anliegen festhalten wollen.

Es gehe konkret um das Schulsystem und nicht um irgendwelche Artikel in einem Reglement. Er weist darauf hin, dass 20 Prozent der Stimmberechtigten die Initiative unterschrieben haben: «Der Gemeinderat muss uns ernst nehmen.»

Starkes Signal

Urs Schär spricht von einer «Riesenleistung» der Initianten. Es tue ihm leid, dass es aus rechtlichen Gründen keine Abstimmung geben dürfe. Der Gemeinderat habe das Signal verstanden. Schliesslich kann er die Schulraumplanung nicht ohne eine Mehrheit in der Bevölkerung umsetzen.

Spätestens wenn es ums Geld für Umbauten, Erweiterungen und Sanierungen geht oder darum, nicht mehr genutzte Schulhäuser zu verkaufen oder Areale umzuzonen, muss das Projekt auf Akzeptanz stossen. Sonst entsteht eine Blockade.

Manfred Vollenwyder ist sich bewusst, dass die Schulraumplanung am Schluss wohl über das Portemonnaie entschieden wird. Auch vor dem Hintergrund, dass der Kanton durch die Auflagen den Druck auf kleine Schulen erhöht und grössere Einheiten anstrebt. (Berner Zeitung)

Erstellt: 27.02.2018, 10:32 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein

andere Schulstandorte verteilt. Die von der Wohnsitzgemeinde zu entrichtenden Gelder können für die neue Gemeinde finanziell attraktiv sein. [Mehr...](#)
Urs Zur Linden. 09.08.2016